

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Sebastian Schlüsselburg und Stefanie Fuchs (LINKE)**

vom 16. April 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. April 2018)

zum Thema:

**Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin seit 2012**

und **Antwort** vom 02. Mai 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. Mai. 2018)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (Die Linke) und  
Frau Abgeordnete Stefanie Fuchs (Die Linke)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/14 034  
vom 16. April 2018  
über Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin seit 2012

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie haben sich die Eingangszahlen für Klagen (einschließlich des einstweiligen Rechtsschutzes) am Verwaltungsgericht Berlin in den Jahren 2012 bis einschließlich 2017 entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 1.: Die Entwicklung der Eingangszahlen kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Eingänge insgesamt	15.686	13.979	13.401	13.851	21.604	25.187
davon Klagen	11.118	9.789	9.067	9.852	16.167	19.649

2. Wie viele der im vorbezeichneten Berichtszeitraum eingegangenen Klagen waren erledigt bzw. davon zumindest teilweise erfolgreich (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 2.: Die Entwicklung der Erledigungszahlen und der Anzahl der zumindest teilweise erfolgreichen Verfahren kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Erledigungen insgesamt	14.867	15.682	14.577	14.082	14.554	19.416
davon Klagen	10.141	11.264	10.172	10.035	9.716	13.404
Erfolg (Stattgaben)	251	262	202	199	306	743
Teilweise	81	118	109	103	128	293

3. Wie lange betrug im vorbezeichneten Berichtszeitraum die durchschnittliche Verfahrensdauer (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 3.: Die Entwicklung der durchschnittlichen Verfahrensdauer in Monaten kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Klageverfahren	10,6	10,0	10,7	9,6	8,8	8,6
Einstweiliger Rechtsschutz	1,9	1,6	1,6	1,5	1,6	2,0

4. Wie hoch waren die durchschnittlichen (Voll-)Kosten je Verfahren (ohne Personalkosten für richterlichen Dienst) im Berichtszeitraum?

Zu 4.: Die Entwicklung der durchschnittlichen Vollkosten je Verfahren (ohne Personalkosten des richterlichen Personals) sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
756 €	706 €	779 €	781 €	785 €	645 €

5. Für wie viele der vorbezeichneten Verfahren wurde Prozesskostenbeihilfe gewährt und in welcher Gesamthöhe per anno wurde sie in den jeweiligen Jahren gewährt?

Zu 5.: Die Entwicklung der Anzahl der Verfahren, bei denen Prozesskostenhilfe gewährt wurde, kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

<u>Bewilligte Prozesskostenhilfe</u>						
	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Klageverfahren	526	530	652	650	556	1.502
Einstweiliger Rechtsschutz	159	171	162	129	213	195

Die Gesamtausgaben für Prozesskostenhilfe haben sich beim Verwaltungsgericht in dem aus der nachstehenden Tabelle stehenden Umfang entwickelt:

<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
399.947,83 €	329.793,15 €	422.322,31 €	392.121,79 €	316.419,86 €	685.937,60 €

6. Was waren im Berichtszeitraum die fünf häufigsten Klagegründe?

Zu 6.: Da in dem erfragten Berichtszeitraum die Häufigkeit der Klagegründe Schwankungen unterliegt, sich aber gezeigt hat, dass die folgenden sieben Rechtsgebiete durchgehend am häufigsten betroffen waren, werden diese wie folgt benannt: Ausländerrecht; Asylrecht (einschl. sogenanntes Dublin-Verfahren); Recht des öffentlichen Dienstes; Hochschulrecht inkl. NC-Verfahren; Verkehrsrecht; Informationsfreiheitsrecht; Sonstiges.

7. Wie viele Verfahren waren im Berichtszeitraum jeweils per 31.12. eines Jahres unerledigt und wie viele sind aktuell unerledigt?

Zu 7.: Die Entwicklung der Bestände zum 31.12. eines Jahres kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Unerledigt	11.180	9.505	8.335	8.106	15.169	20.963

Aktuell sind 21.028 Verfahren offen (Stand: 31.03.2018, neuere Zahlen liegen noch nicht vor).

8. Wie viele Verfahren wurden im Berichtszeitraum durchschnittlich pro Richter/in-Stelle in dem jeweiligen Jahr bearbeitet?

Zu 8.: Die Entwicklung der bearbeiteten Verfahren je Richterin und Richter kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>
Eingänge je Richterin / Richter	186	165	172	175	271	213
Erledigungen je Richterin / Richter	176	185	187	178	183	165
Bestand je Richterin / Richter	132	112	107	103	191	178

9. Wie viele Richterstellen welcher Besoldungsgruppe waren im Berichtszeitraum für jeweils welche Dauer unbesetzt?

10. Wie haben sich die Richterstellen im Berichtszeitraum am Verwaltungsgericht Berlin entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Besoldungsgruppen)?

Zu 9. und 10.: Eine Angabe zu unbesetzten Stellen kann auf Grund der Einstellungspraxis nur zu einem bestimmten Stichtag erfolgen. Auf den Planstellen des Verwaltungsgerichts waren

- am 31.12.2012 von 94 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 30 x R2 / 62 x R1) 93,92 besetzt, 0,08 x R1 waren unbesetzt,
- am 31.12.2013 von 94 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 30 x R2 / 62 x R1) 90 besetzt, 2 x R2 und 2 x R1 waren unbesetzt,
- am 31.12.2014 von 93 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 28 x R2 / 63 x R1) 88,345 besetzt, 2 x R2 und 2,655 x R1 waren unbesetzt,
- am 31.12.2015 von 93 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 28 x R2 / 63 x R1) 90,875 besetzt, 2,125 x R1 waren unbesetzt,
- am 31.12.2016 von 94 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 28 x R2 / 64 x R1) 90,715 besetzt, 1 x R2 und 2,285 x R1 waren unbesetzt und
- am 31.12.2017 von 104 Stellen (1 x R5 / 1 x R3 / 29 x R2 / 73 x R1) 101,285 besetzt, 0,25 x R2 und 2,465 x R1 waren unbesetzt.

Berlin, den 2. Mai 2018

In Vertretung  
M. Gerlach  
Senatsverwaltung für Justiz,  
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung